



derStandard.at | Investor | Finanzen & Börse | AMIS-Affäre

18. Mai 2006
15:08 MESZ

Neue Hoffnung für Anleger

Liquidationsmasse von 60 Millionen Euro vorhanden, für die 16.000 Geschädigten soll es keine aufwendigen Prozeduren und Fristen geben

Wien - Für die rund 16.000 Geschädigten im Konkursverfahren über den Wiener Finanzdienstleister AMIS gibt es jetzt neue Hoffnung. Es gebe eine Liquidationsmasse von 60 Millionen Euro und für die Anleger soll es keine aufwendigen Prozeduren und Fristen für die Anmeldung ihrer Forderungen geben, bestätigte Anwalt Karl Hochhaltinger dem "WirtschaftsBlatt" (Donnerstagsausgabe).

Hochhaltinger vertritt dem Blatt zufolge die drei Luxemburger Liquidatoren der AMIS-Fonds. Neben Yvette Hamilius fungiere jetzt auch Jacques Delvaux, Präsident der Luxemburger Notariatskammer und Vizepräsident des europäischen Notarsverbands, als Sicav-Liquidator.

Gläubigerkomitee

In Besprechungen Anfang dieser Woche in Wien sei beschlossen worden, in Luxemburg ein Gläubigerkomitee zu gründen, in dem die wichtigsten Anlegeranwälte vertreten sein werden. Darunter Anwalt Lukas Aigner (Kanzlei Kraft & Winternitz), Ulrich Salburg, Benedikt Wallner, Andreas Köb, Harald Christandl und Johannes Neumayer sowie der Deutsche Advokat Andreas Tilp.

"Die Besprechungen waren sehr positiv", bestätigt Johannes Neumayer, Anwalt des AMIS-Anlegervereins, dem "WirtschaftsBlatt".

Fonds-Liquidatoren legen sich ins Zeug

Die Wiener AMIS-Masseverwalter seien nicht an Bord. Für die Luxemburger Liquidatoren sei es unverständlich, dass die Masseverwalter nicht kooperieren. "Es ist unglaublich, dass es Geschädigte gibt, die auf ihr Geld warten, und eine Verzögerung dadurch eintritt, dass wir das Auswertungsprogramm 'Investor' nicht benützen dürfen bzw. nicht können", so Anwalt Hochhaltinger. "Ich verhandle mit den Masseverwaltern überhaupt nicht mehr. Wir werden das lösen, selbst wenn sich die querlegen", so Hochhaltinger.

Ohne das AMIS-Kundenprogramm "Investor" können die Liquidatoren die Fondserlöse an die Anleger nicht auszahlen. Vereinbart war, dass die Luxemburger dafür 240.000 Euro in Raten zahlen. Nach der ersten Rate von 40.000 Euro soll Hamilius die benötigten Softwaredaten nicht bekommen haben. Indes soll der Wiener Masseverwalter 500.000 Euro Lizenzgebühr gefordert haben, schreibt das Blatt. Anfang Mai habe das Landesgericht Wien das AMIS-Programm "Investor" und die Akten beschlagnahmt. (APA)

© 2006 derStandard.at - Alle Rechte vorbehalten.
Nutzung ausschließlich für den privaten Eigenbedarf. Eine Weiterverwendung und Reproduktion über den persönlichen Gebrauch hinaus ist nicht gestattet.